



WORKSHOP D: « EUROPÄISCHE STRATEGIE DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG – WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG AUF LANGE SICHT, SOZIALER ZUSAMMENHALT UND UMWELTSCHUTZ »

Präsentation

Aktion der lokalen Gebietskörperschaften nach Johannesburg

Die nachhaltige Entwicklung strebt nach einem Gleichgewicht zwischen Wirtschaftsentwicklung, sozialer Entwicklung und Umweltschutz. Der im September 2002 in Johannesburg veranstaltete Weltgipfel hat befunden, dass die "wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen" Aspekte die drei voneinander abhängigen und interaktiven Stützpfiler der nachhaltigen Entwicklung sind.

In der politischen Erklärung der Gipfelkonferenz wurde festgehalten, dass die kollektive Verantwortung für die Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung auf allen Regierungsebenen liegt, von der lokalen Ebene bis hin zur globalen Verwaltung (Paragraph 4 der Erklärung).

Die Erklärung kommt weiterhin zu dem Schluss, dass "die nachhaltige Entwicklung eine langfristige Perspektive und eine sehr breite Beteiligung voraussetzt, und zwar in bezug auf die Formulierung, die Beschlussfassung und die Umsetzung der Politik auf sämtlichen Ebenen (Paragraph 26).

Die Sitzung der lokalen Gebietskörperschaften, eine der meist besuchten Randveranstaltungen dieses Gipfels, die etwa 900 Teilnehmer aus 69 Ländern zusammenführte, hat das Engagement der lokalen Regierungsebene für die Sache der nachhaltigen Entwicklung deutlich gemacht.

Die Erklärung der Lokalen Gebietskörperschaften und der Appell von Johannesburg, die beide von den Verantwortungsträgern der lokalen Gebietskörperschaften im Rahmen dieser Sitzung verabschiedet wurden, unterstreichen ihr Engagement, auf den Ergebnissen der Agenda 21 aufzubauen und praktische und realistische Aktionspläne für die Programme dieser Agenda auszuarbeiten. Kurz gesagt : ihr Engagement, von der lokalen Agenda zur lokalen Aktion überzugehen.

Die lokalen Verantwortungsträger haben sich ausserdem verpflichtet, ihre Körperschaften nach holistischen Grundprinzipien zu leiten, und zwar mittels integrierter und effizienter Verwaltung der finanziellen, menschlichen und natürlichen Ressourcen.

Das Engagement der E.U. in bezug auf die nachhaltige Entwicklung

Die E.U. spielt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der in Rio und Johannesburg gesetzten Ziele.

Die Erklärung von Athen, die von den Staatschefs und Regierungsoberhäuptern kürzlich verabschiedet wurde, betont, dass die neue, erweiterte Union als Gesamtheit vorgehen wird, um die nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, sowohl auf lokaler, als auf globaler Ebene, mit dem Ziel, gegen die Umwelterstörung anzukämpfen und den künftigen Generationen eine bessere Lebensqualität zu sichern.

Zu den in Rio eingegangenen Verpflichtungen gehört eine Strategie, die von der E.U. im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet, und in Göteborg im Juni 2001 verabschiedet wurde. Dadurch wird das europäische Engagement, das in Lissabon eingegangen wurde, ausgefeilt und ergänzt. Weiterhin kommt so ein Umweltaspekt zu dem Ziel "die wettbewerbsfähigste und dynamischste Ökonomie des Wissens zu entwickeln, mit dauerhaftem Wirtschaftswachstum und gleichzeitiger quantitativer und qualitativer Verbesserung der Beschäftigungslage und stärkerem sozialem Zusammenhalt".

Diese Strategie ruft dazu auf, die Politiken auf neue, kohärentere Weise auszuarbeiten, mit der Auflage, die nachhaltige Entwicklung jedesmal in den Mittelpunkt zu stellen. Sie geht jedoch nicht ausdrücklich auf das Problem potentieller Widersprüche zwischen den Grundprinzipien der verschiedenen politischen Linien ein. Insbesondere werden die unterschwelligten Spannungen zwischen Binnenmarkt und nachhaltiger Entwicklung in keiner Weise erwähnt. We dem auch sei, ihre Aufforderung zu mehr Kohärenz hat dazu geführt, dass neue Anforderungen formuliert wurden in bezug auf die Bemessung der wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Auswirkungen aller Gesetzentwürfe, die zu einer besseren und kohärenteren Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene beitragen sollen.

Völlig übergangen wird in der Strategie die Rolle, die der Europäischen Union zukommt als Katalysator und Partner der nationalen, regionalen und lokalen Regierungen bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung. Ausserdem finden die Rolle, die von den anderen Regierungsebenen gespielt wird und die Bedeutung der Partnerschaft zwischen diesen drei Ebenen nicht genügend Beachtung.

Die Strategie hebt zwar die Wirksamkeit der Lokalen Agenda 21 als Instrument zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung im kommunalen Bereich hervor, doch erwähnt sie nicht eindeutig die Schlüsselrolle, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften – als die dem Bürger am nächsten stehende Regierungsebene – bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung spielen.

Die europäische Strategie ist nicht das erste, und nicht das einzige Instrument zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Europa. Eine Reihe von Unternehmungen sind bereits eingeleitet worden, wie die Kampagne der Nachhaltigen Stadtentwicklung, in der sich die europäischen lokalen Spitzenverbände zusammenfinden, um auf eine nachhaltige Entwicklung der Städte in ganz Europa hinzuwirken. Der RGRE tritt seit 10 Jahren in dieser Kampagne als aktiver Partner auf.

Die Notwendigkeit, die nachhaltige Entwicklung und ihren umweltpolitischen Stützpfeiler in den Mittelpunkt sämtlicher Politiken zu stellen, wird von den verantwortlichen Politikern der E.U. seit 1997 zur Zielsetzung erhoben, während der Amsterdamer Vertrag seinerseits einen neuen Artikel in den Vertrag der Europäischen Union eingefügt hat, der zur Auflage machte, die Fragen des Umweltschutzes in alle Politiken und Aktivitäten der Gemeinschaft einzubeziehen (Artikel 6).

Hiermit ist ein beachtlicher Fortschritt erzielt worden in dem Vorhaben, die Ziele der Union auf die nachhaltige Entwicklung zu zentrieren. Das Cardiff-Verfahren, das vom Ministerrat nach diesem Beschluss eingeleitet wurde, hat jedoch keine eindeutigen Ergebnisse gebracht.

In den Bereichen, wo die Umwelteffekte unstrittig sind, beispielsweise in der Industrie, im Verkehr, in der Landwirtschaft, hat das Cardiff-Verfahren positivere Wirkung gezeigt.

Auf anderen Gebieten, wie dem Binnenmarkt, wo die Beziehung zum Umweltschutz viel weniger ins Auge fällt, haben Rat und Kommission anscheinend die Gelegenheit verpasst, gewisse Grundpolitiken neu zu überarbeiten.

Der Konvent zur Zukunft Europas hätte Gelegenheit bieten können, die nachhaltige Entwicklung als verfassungsmässiges Ziel zu fördern. Bislang ist jedoch im Textentwurf keine Rede von der Notwendigkeit, wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Dimensionen einzubeziehen.

Lokale und regionale Aktion zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung

Die Interaktion der drei Stützpfiler der nachhaltigen Entwicklung ist sicher am meisten spürbar auf der regionalen und lokalen Ebene. Für die Kommunal- und Regionalpolitiker ist die Aufgabe, ein Gleichgewicht zu finden zwischen sozialem Zusammenhalt, Wirtschaftsentwicklung und Umwelteffekten, von ausschlaggebender Bedeutung.

Seit Rio haben die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften grosse Fortschritte gemacht bei der Förderung der nachhaltigen Entwicklung. Schätzungsweise 5000 lokale Gebietskörperschaften haben europaweit Verfahren für die Lokale Agenda 21 eingeleitet. Diese Verfahren waren erfolgreich zur Förderung der "good governance", da sie innovative Techniken zur Beteiligung und Sensibilisierung der Bürger angewandt haben. Weiterhin haben sie die gewählten Mandatsträger und Beamten angeregt, sich verstärkt für die Ziele der Agenda 21 zu engagieren.

Auch haben die lokalen Gebietskörperschaften ähnliche Verfahren auf den Weg gebracht, um auf die nachhaltige Entwicklung hinzuarbeiten.

Es muss jedoch noch sehr viel getan werden, um die nachhaltige Entwicklung zu einem Hauptanliegen der lokalen und regionalen Verwaltungen zu machen und die Partnerschaft mit den anderen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, sowie mit sonstigen Verwaltungsebenen auszubauen. Auch müssen die Regionen überlegen, welche Rolle ihnen zukommt als Katalysator zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in ihren Städten und Ballungszentren.

Um von der Lokalen Agenda 21 zur Lokalen Aktion 21 überzugehen, gemäss der in Johannesburg eingegangenen Verpflichtung, müssen die lokalen Gebietskörperschaften sich eindeutiger engagieren und die Verwaltungsprozesse verstärkt nach holistischen Grundsätzen gestalten.

Nachhaltige Beförderungsmöglichkeiten

Das Verkehrswesen bietet sich vorzugsweise als Beispiel für die Herausforderungen an, denen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sich auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung stellen müssen. Die Beförderung ist ausschlaggebend für die Wirtschaftsentwicklung und die soziale Kohäsion; parallel dazu stellt sie eine ungeheure Beeinträchtigung der Umwelt, sowohl aus lokaler als aus globaler Sicht, dar.

Lösungen für die Verkehrsprobleme in den Städten und Vororten zu finden und umzusetzen ist ein schwieriges Unterfangen (diese würden daraus hinauslaufen, die Benutzung von Personenwagen zu reduzieren und sonstige Beförderungsmittel, hauptsächlich öffentliche Verkehrsmittel, fortzuentwickeln). Um solche Lösungen wirksam durchzusetzen müssten Zwangsmassnahmen getroffen werden, die aus politischer Sicht nicht sehr attraktiv sind.

Veranschlagung der Umweltkosten

Wenn die E.U. sich auch bemüht, kohärentere Politiken zu erarbeiten und die nachhaltige Entwicklung zu fördern, so muss doch davon ausgegangen werden, dass die Wirtschaftsentwicklung das Hauptanliegen in der Welt überhaupt und das wesentliche Indiz für den Wohlstand eines Landes ist. Überdies bleibt das Konzept "nachhaltige Entwicklung" verhältnismässig verschwommen. Es gibt keine zuverlässigen Indizien dafür, ob eine Massnahme

tatsächlich "nachhaltig" ist. Und wie soll vorgegangen werden, um das angemessene Gleichgewicht zwischen den drei Stützpfeilern der nachhaltigen Entwicklung zu bestimmen ?

Zur Zeit scheint es so, als ob die einzige Möglichkeit, sicherzustellen, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht die Zerstörung der Umwelt nach sich zieht, darin besteht, die Umweltkosten zu veranschlagen.

Auch hier haben die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle zu spielen. Wenn auch ihre Befugnisse in den verschiedenen Ländern Europas unterschiedlich sind, so sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften doch zunehmend besorgt über die Umweltzerstörung und besteuern verschmutzende und nicht "nachhaltige" Aktivitäten. Die Besteuerung des Verkehrsstaues, die unlängst in London eingeführt wurde, ist dafür ein eindeutiges Beispiel.

Fragen, die zur Debatte stehen

- Was bedeutet es, von der Lokalen Agenda 21 zur Lokalen Aktion 21 überzugehen ?
- Wie stellen sich die Kommunen der Beitrittsländer der Herausforderung, die die nachhaltige Entwicklung darstellt ?
- Inwieweit ist es wünschenswert und möglich, Gebühren und Steuern einzuziehen ?
- Können die Regionen die Rolle des Katalysators bei der nachhaltigen Entwicklung spielen? Gibt es Beispiele für Regionen, Städte und lokale Gebietskörperschaften, die auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung zusammenarbeiten ?
- Müssen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ihre politischen und administrativen Strukturen ändern, um die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung zu bestehen ?